

Die Regierungskrise.

Budapest, 26. Mai.

Erzherzog Josef hat dem Grafen Stefan Tisza heute vormittag um halb 10 Uhr im Palais des Ministerpräsidenten einen Besuch abgestattet. Der Herr Erzherzog verweilte eine halbe Stunde bei dem Ministerpräsidenten. Ueber den Inhalt der anlässlich dieses Besuches geführten Unterredung liegen selbstverständlich glaubwürdige Informationen nicht vor, doch hat sich in politischen Kreisen, auch in solchen der Opposition, in den Mittagsstunden die Auffassung verbreitet, daß Erzherzog Josef die Kabinettsbildung kaum übernehmen werde.

Eine Bestätigung dieser Ansicht liegt vielleicht auch in dem Umstande, daß Erzherzog Josef für heute nachmittag die Geheimen Räte Ladislaus v. Dubacs, Albert v. Berzeviczy und Ludwig u. Kovacs zu sich gebeten hat, also zwei Mitglieder der Partei der nationalen Arbeit und einen dritten Politiker, der zwar keinem Parteiverband angehört, immerhin aber mit seinen politischen Anschauungen, abgesehen von der Wahlrechtsfrage, der bisherigen Mehrheit am nächsten steht.

Eine gewisse symptomatische Bedeutung wohnt auch der uns aus Balassagyarmat zugehenden telegraphischen Meldung inne, die Generalversammlung des Komitees des Komitats Nógrád habe beschlußweise dem Bedauern über den Rücktritt des Grafen Stefan Tisza und der Hoffnung Ausdruck gegeben, daß die hervorragenden Fähigkeiten dieses Staatsmannes sich ehrens wieder in den Dienst des Gemeinwohles werden stellen lassen; gleichzeitig hat das Komitee einstimmig beschlossen, gegen jede Wahlrechtsreform entschieden Stellung zu nehmen, die über die vom Grafen Stefan Tisza bei der jüngsten Konferenz der Mehrheitspartei gezogenen Grenzen hinausgehen sollte.

Budapesti Szívek veröffentlicht die Unterredung eines seiner Mitarbeiter mit dem Grafen Julius Andrássy, in der die Motive mit dankenswerter Offenheit aufgedeckt sind, von denen die oppositionellen Parteien sich leiten lassen, indem sie einmütig für die Ernennung des Erzherzogs Josef zum Ministerpräsidenten eintreten. Danach würde die Rolle, die von der Opposition dem Erzherzog zugebach ist, darin bestehen, die Partei der nationalen Arbeit durch den Glanz seiner hohen Stellung und seine große Volkstümlichkeit von nun in ihrer jüngsten Konferenz eingenommenen Standpunkt abzubringen, sie zum Abrücken vom Grafen Stefan Tisza und zum Eintritt in ein Konzentrationskabinettsverbindungsweise in eine Konzentrationsmehrheit zuzubringen.

Wir entnehmen dem Berichte die folgenden Stellen: Graf Andrássy teilte dem Berichterstatter über die Möglichkeiten der Kabinettsbildung durch Erzherzog Josef mit, daß der Erzherzog würde als Ministerpräsident im Abgeordnetenhaus nicht zu erscheinen brauchen; Lord George erscheine nicht im englischen Parlament, sondern werde durch den Sprechminister Bonar Law vertreten. Bei uns könnte Erzherzog Josef zum Beispiel in dem Grafen Albert Apponyi einen Sprechminister finden, der im Parlament für die Politik des Ministerpräsidenten einzutreten hätte.

Auf die Frage des Journalisten, ob Graf Andrássy die Ernennung des Erzherzogs Josef vom staatsrechtlichen Standpunkte nicht als bedenklich betrachten würde, antwortete der Graf folgendes:

Nein. Auf dem Gebiete des Staatsrechtes müßte bloß die Frage der Lösung harrende Frage erledigt werden. Der Umstand, daß der Erzherzog als Mitglied der Dynastie unter die Kompetenz eines besonderen Ausschusses fällt, könnte auf dem Wege der Gesetzgebung beseitigt werden. Der Erzherzog könnte der Komposition dieses Berichtes entzogen und dann entsprechend der rechtlichen Stellung des Ministerpräsidenten auf Grund des Gesetzes von 1848 zur Verantwortung gezogen werden. Erzherzog Josef würde diese Verantwortung auch übernehmen, wie jeder andere Ministerpräsident. Es ist gewiß, daß er vor das Parlament berufen werden könnte, doch das Pflichtgefühl könnte das übergehen und es auch sicherlich unterlassen."

Der Berichterstatter richtete nunmehr die Frage an den Grafen, ob es richtig erscheine, ein Mitglied der Dynastie, da wir so viele ausgezeichnete Politiker haben, auf dem parlamentarischen Kampfplatz zu stellen?

Graf Julius Andrássy antwortete wie folgt: "Wir sind alle Gegenstand des Hasses. Jede Person des Erzherzogs Josef aber steht vor allen Reibenschaften und über allem

Parteilich. Uebrigens wäre diese Gestaltung keinesfalls dauernden Charakters; sie würde nur für die Zeit des Krieges gelten, damit auf solche Art ein Konzentrationskabinetts möglich werde, an dem sämtliche politischen Parteien unter der Leitung des Erzherzogs teilnehmen könnten."

Graf Julius Andrássy schloß seine Ausführungen mit der Bemerkung, daß das Ziel die Schaffung des Friedensparlamentes sei: "Wir brauchen friedliche Arbeit, und auf diese ist die Schaffung eines Konzentrationskabinetts gerichtet, an dem dann auch die Partei der nationalen Arbeit ohne jede Zurückhaltung teilnehmen könnte."

Zu dem merkwürdigen Inhalt dieser Ausführungen des Grafen Andrássy Stellung zu nehmen, werden wir vielleicht noch Gelegenheit haben. Schon jetzt jedoch wollen wir darauf hinweisen, daß die von ihm herangezogene Analogie bezüglich der Stellung des englischen Premierministers zum Parlament durchaus unzutreffend ist. In England herrschen diesfalls ganz andere Gesetze und Parlamentsbräuche als bei uns. Zunächst darf in England ein Mitglied der Regierung lediglich in demjenigen Hause des Parlaments erscheinen und sprechen, dem es angehört: der Peer also im Oberhause und der Abgeordnete im Hause der Gemeinen; — bei uns hingegen sichern bekanntlich die Verfassung jedem Minister das Recht, in jedem der beiden Häuser des Reichstages zu erscheinen und das Wort zu ergreifen.

Ferner: in England ist der Premierminister, auch wenn er dem Unterhause angehört, nicht notwendigerweise identisch mit dem Regierungsmitglied, das in der Volksvertretung für die Politik der Gesamtregierung einzutreten hat. Dieser Beruf obliegt dem sogenannten "Leader des Hauses", der in der Regel mit der Würde des Chancellor of the Exchequer bekleidet wird; bei uns hingegen hat im Sinne und im Geiste der ungarischen Verfassung in beiden Häusern des Parlaments immer der Ministerpräsident die Politik der Gesamtregierung zu vertreten.

Was nun endlich den Fall Lord George anbelangt, so ist es nicht richtig, daß der gegenwärtige Premierminister nicht im Unterhause erscheint, sondern dort grundsätzlich von Bonar Law vertreten wird. Bekanntlich ist in England die auch im Frieden schon erhebliche Zahl der Minister im Kriegsverlaufe auf mehr als achtzig angewachsen, wobei allerdings zu bemerken ist, daß auch in normalen Verhältnissen nicht alle englischen Minister "den Kabinettsrang haben". Auf anderer Seite hat aber die Entwicklung im Kriege dahin geführt, daß für die Erledigung aller mit dem Kriege zusammenhängenden Geschäfte ein engerer Ausschuss des Kabinetts, der aus fünf Ministern bestehende war council gebildet worden ist. Diesem Kriegsausschusse, der begreiflicherweise mit Arbeit überladen ist, ist der Premierminister Lord George an die Spitze gestellt. Eben mit Rücksicht auf seine Ueberbürdung mit wichtiger Kriegsarbeit hat Lord George bei seinem Amtsantritt im Unterhause erklärt, er werde dem Unterhause nicht in dem Maße, wie es die bisherigen Premierminister taten, zur Verfügung stehen können, und darum müsse er seinen Kollegen Bonar Law als den eigentlichen Leader des Hauses namhaft machen. Das verhindert jedoch Lord George nicht, bei Anlässen von großer Wichtigkeit im Unterhause zu erscheinen und persönlich in die Debatte einzugreifen.

Es geschah seit seinem Amtsantritt bei einer einzigen solchen Gelegenheit, bei der Verhandlung des militärischen Dienstpflichtgesetzes, daß Lord George den Verhandlungen des Hauses fern blieb. Wer es wurde ihm sehr übelgenommen und in offener Sitzung wurde seine Abstinenz als eine Geringschätzung des Hauses nicht allein von oppositioneller Seite, sondern auch von Anhängern der Regierungsmehrheit heftig getadelt. Der üble Eindruck war so stark, daß Lord George zur nächsten Sitzung sich einsand und sich zu einer förmlichen Abbitte bequemen mußte, wie er denn auch seither bei jeder wichtigen Gelegenheit im Unterhause erscheint und in die Debatte eingreift.

Wir glauben nachgewiesen zu haben, daß die englische Parallele absolut unzutreffend ist. Wenn Graf Andrássy die Ueberzeugung hat, daß die Kabinettsbildung des Erzherzogs Josef eine gute Lösung darstellt, so hat er für eine gute Sache ein schlechtes Argument ins Treffen geführt.

Die Audienz des Barons Jósika.

Aus Wien wird uns telegraphiert: Der Präsident des Magnatenhauses Baron Jósika ist heute hier angekommen. Er wollte vor dem König in Audienz erscheinen, erhielt jedoch die Verständigung, daß die weiteren Audienzen erst nach den Feiertagen stattfinden. Um 11 Uhr begab sich Baron Jósika in die Kabinettskanzlei, um sich über das Datum seiner Audienz zu informieren.